



Der Minister

Ministerium des Innern NRW, 40190 Düsseldorf

Präsidenten des Landtags
Nordrhein-Westfalen
Herrn André Kuper MdL
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
17. WAHLPERIODE

VORLAGE
17/5685

A09

13 . September 2021
Seite 1 von 9

Telefon 0211 871-2468
Telefax 0211 871-3355

— für die Mitglieder
des Innenausschusses

— **Sitzung des Innenausschusses am 23. September 2021**
Haushaltsplanentwurf 2022 - Einzelplan 03
Schriftlicher Bericht zur Einführung in den Einzelplan 03

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,

zur Information der Mitglieder des Innenausschusses des Landtags über-
sende ich den Einführungsbericht zu den Beratungen des Haushaltsplan-
entwurfs 2022 des Einzelplans 03 des Ministeriums des Innern im In-
nenausschuss.

Hinweisen möchte ich zudem auf den dem Landtag zugegangenen Er-
läuterungsband zum Einzelplan 03 mit weitergehenden und zusätzlichen
Informationen.

Mit freundlichen Grüßen


Herbert Reul

Dienstgebäude:
Friedrichstr. 62-80
40217 Düsseldorf

Lieferanschrift:
Fürstenwall 129
40217 Düsseldorf

Telefon 0211 871-01
Telefax 0211 871-3355
poststelle@im.nrw.de
www.im.nrw

Öffentliche Verkehrsmittel:
Rheinbahnlinien 732, 736, 835,
836, U71, U72, U73, U83
Haltestelle: Kirchplatz



**Schriftlicher Einführungsbericht
zur Einbringung des Einzelplans 03 des Haushaltsplans 2022
im Innenausschuss am 23. September 2021**

I. Wesentliche Inhalte des Haushaltsplanentwurfs 2022

Mit dem Haushaltsentwurf 2022 verfolgt die Landesregierung weiterhin unbeirrt das Ziel der Stärkung der Inneren Sicherheit.

Der Entwurf sieht ein Volumen von insgesamt 6,7 Mrd. Euro vor. Dies entspricht einer Steigerung von rund 303,2 Mio. Euro im Vergleich zum Haushalt 2021. Die Steigerung ist vor allem auf eine Stärkung des Personalkörpers zurückzuführen, der benötigt wird, um den weitreichenden Aufgaben des Ressorts gerecht zu werden. Insgesamt beträgt der Personalkörper des gesamten Innenressorts 62.980 Stellen.

Die Polizei wird personell umfänglich verstärkt. Einerseits wird das „Back-office“ in den Zentralabteilungen der Kreispolizeibehörden durch 101 neue Stellen gestärkt. Andererseits wird auch der operative Dienst der Polizei weiterhin unterstützt. So werden zur Entlastung und Unterstützung erneut 500 zusätzliche Stellen für Tarifbeschäftigte im Verwaltungsdienst eingerichtet, sodass nun insgesamt 2.500 Stellen hierfür zur Verfügung stehen.

Darüber hinaus werden 123 Spezialistinnen und Spezialisten zur Auswertung von Massendaten sowie zur Bekämpfung von Kindesmissbrauch und Cyberkriminalität zusätzlich eingestellt, um auch hier weiterhin erfolgreich Straftaten verfolgen und ahnden zu können.

Weiterhin liegt ein Schwerpunkt auf der Ausbildung, sodass auch in diesem Haushaltsentwurf eine dauerhafte Sicherung der Personalstärke der Polizei durch die Einstellung von 2.600 Kommissaranwärterinnen und -anwärtern gewährleistet wird. Darüber hinaus werden 989 Planstellen zur Übernahme von Polizeianwärterinnen und -anwärtern eingerichtet und in der Mittelfristigen Finanzplanung weitere Übernahmestellen und Einstellungsermächtigungen auf konstantem Niveau abgebildet, damit der Aufbau des Personalkörpers weiter voranschreitet.

Zudem wird auch die Digitalstrategie der Polizei weiter vorangetrieben. Die Nutzung innovativer mobiler Technologien und künstlicher Intelligenz wird die polizeilichen Kernaufgaben unterstützen sowie überregionale Zusammenarbeit und Ermittlungen deutlich erleichtern.



Insgesamt stehen im Polizeikapitel Sachmittel in Höhe von rund 901,2 Mio. Euro zur Verfügung, u.a. zur Modernisierung, Professionalisierung und Digitalisierung der technischen Ausstattung und der Liegenschaften sowie für die polizeiliche Sondertechnik.

Seite 3 von 9

Um weiterhin gegen Terrorismus und Extremismus vorgehen zu können, wird auch die digitale Ausstattung des Verfassungsschutzes weiter verbessert und eine bessere Auswertung von großen Datenmengen durch zusätzliche Stellen und Sachmittel ermöglicht.

Die Aus- und Fortbildungsmöglichkeiten an der Deutschen Hochschule der Polizei (DHPol), dem Institut der Feuerwehr Nordrhein-Westfalen (IdF), der Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen (HSPV NRW) sowie der Fortbildungsakademie des Ministeriums des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen „Akademie Mont-Cenis“ (FAH NRW) werden durch neue Stellen weiter ausgebaut, um der gestiegenen Nachfrage nach Ausbildung, Lehrgängen und Seminaren nachkommen zu können.

Nicht zuletzt die Unwetterkatastrophe im Juli 2021 hat gezeigt, dass der weitere Ausbau der Finanzierung des Katastrophenschutzes unerlässlich ist. Daher war schon vor der Unwetterkatastrophe geplant, mit dem Haushalt 2022 eigene Mittel für den Katastrophenschutz im allgemeinen Landeshaushalt zu veranschlagen. Hieraus werden in einem ersten Schritt die Kosten für die zentrale Bevorratung von Mitteln für die Bekämpfung von Sonderlagen finanziert.

Die Innere Sicherheit ist ein präsenteres Thema unseres Ressorts, aber bei Weitem nicht das einzige. Seit anderthalb Jahren leisten die Bezirksregierungen nicht nur bei der Bewältigung der zahlreichen Landes- und Bundesprogramme zur Milderung der Folgen der Pandemie hervorragende Arbeit und nehmen den Menschen unseres Landes die größten Existenzsorgen. Sie werden daher durch insgesamt 507 neue (Plan-)Stellen in den unterschiedlichsten Bereichen weiter personell gestärkt.

Insgesamt werden im Haushaltsjahr 2022 2.360 (Plan-)Stellen neu eingerichtet (Saldo: +1.769), hiervon 1.742 bei der Polizei (Saldo: +1.180).



II. Veränderungen im Einzelnen

Die relevanten haushaltsmäßigen Veränderungen sehen im Einzelnen wie folgt aus:

1. Kapitel 03 010 Ministerium

Im Ministerium werden insgesamt 50 neue (Plan-)Stellen geschaffen. Davon sind acht Stellen zur Stärkung der Inneren Sicherheit, zehn (Plan-) Stellen zur Stärkung des Verfassungsschutzes sowie zwei Planstellen für die Gefahrenabwehr und den Katastrophenschutz vorgesehen. Ferner werden 30 neue Stellen zur Übernahme der Absolventinnen und Absolventen der Qualifizierungsmaßnahme für schwerbehinderte Menschen zu Verwaltungsfachangestellten eingerichtet.

Die Einnahmen sinken insbesondere aufgrund der Absetzung der Erstattungen des Bundes für die Durchführung der Bundestagswahl 2021 um ca. 20 Mio. Euro.

Die Sachausgaben des Ministeriums steigen um ca. 6,0 Mio. Euro an. Dies ist zurückzuführen auf Aufwüchse für E-Government (+4,7 Mio. Euro), die zentrale Veranschlagung von Sach- und Dienstleistungskosten (+2,3 Mio. Euro), Ausgaben im Bereich des Verfassungsschutzes (+1,2 Mio. Euro) sowie darauf, dass die Erstattungen an die Gemeinden und Gemeindeverbände für die Durchführung der Landtagswahl 2022 (+19,9 Mio. Euro) die in 2021 veranschlagten Erstattungen für die Durchführung der Bundestagswahl (- 19,0 Mio. Euro) leicht übersteigen. Dagegen entfallen die einmaligen Investitionen im IT-Bereich, die im vergangenen Haushaltjahr verausgabt wurden (-6,8 Mio. Euro).

2. Kapitel 03 110 Polizei

Bei der Polizei werden **1.742 neue Planstellen und Stellen** geschaffen. Darunter sind

- 989 Planstellen zur Übernahme geprüfter Kommissarinnen und Kommissare
- 500 Stellen für Regierungsbeschäftigte zur Entlastung des operativen Dienstes von Verwaltungsaufgaben
- 101 Stellen zur Stärkung der Polizeiverwaltung



- Neue Stellen für Spezialistinnen und Spezialisten, die die Bereiche „Bekämpfung von Sexualstraftaten und Cybercrime“ (123), „Digitale Polizei“ (25), Polizeiärztlicher Dienst (4) verstärken werden.

Die neuen Stellen dienen neben der weiteren Verstärkung der genannten Schwerpunktbereiche auch dazu, kurzfristig die Präsenz unserer Polizei in der Öffentlichkeit sowohl auf der Straße als auch im digitalen Raum weiter zu erhöhen.

Ferner werden die **Einstellungsermächtigungen für Kommissarinnen und -anwärter** mit **2.600** auf konstant hohem Niveau gehalten. Diese Maßnahme dient der dauerhaften Sicherung sowie der angesichts wachsender Aufgabenlast bei der Bekämpfung von Terrorismus, Cyberkriminalität und Kindesmissbrauch notwendigen Erhöhung der Personalstärke der Polizei.

Im **Sachhaushalt** werden im Haushaltsjahr 2022 insgesamt 931,9 Mio. Euro veranschlagt. Hierbei wird der Ansatz für Vorhaben im Bereich der **polizeilichen Liegenschaften** um 7,6 Mio. Euro erhöht, um dringend notwendige Sanierungs- und Neuanmietungsmaßnahmen sowie Neuausstattungen der Dienststellen vornehmen zu können. Darüber hinaus sieht der Entwurf eine neue **Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 800 Mio. Euro** für notwendige Sanierungs- und Neuanmietungsmaßnahmen bei **Liegenschaften** vor.

Zudem steigen die Ansätze für den **Digitalfunk** (+11,0 Mio. Euro) und auch die Ansätze für **Informations- und Kommunikationstechnik** (insgesamt 46,1 Mio. Euro). Dies ist vor allem durch Maßnahmen zur Modernisierung polizeilicher Fachanwendungen, inkl. der Erneuerung des Vorgangsbearbeitungssystems (+26,4 Mio. Euro), Erst- und Ersatzbeschaffungen (+4,3 Mio. Euro) sowie die Herstellungsbetreuung für den technischen Betrieb und für polizeispezifische Fachverfahren (+6,0 Mio. Euro) begründet.

Zur weitergehenden Verbesserung der länderübergreifenden Kooperation und Harmonisierung der IT-Lösungen der Polizei des Bundes investiert das Land weiterhin auch in das **Programm „Polizei 2020“**. Hierfür entsteht ein Mehrbedarf in Höhe von 4,3 Mio. Euro.

Daneben wird im Bereich der **Investitionen** der Ansatz für den Erwerb von Dienstfahrzeugen entsprechend der Beschaffungsintervalle abgesenkt (-3,4 Mio. Euro) und für den Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen eine Ansatzserhöhung eingeplant (+7,7 Mio. Euro)



3. Kapitel 03 310 Fünf Bezirksregierungen

Bei den Bezirksregierungen werden mit dem Haushalt 2022 insgesamt 507 neue Planstellen und Stellen etatisiert.

(Plan-)Stellenzuwächse erfolgen insbesondere für die Durchführung von Zuwendungsverfahren und Förderprogrammen (insgesamt 85). Ebenso erhöhen sich u.a. die (Plan-)Stellen im Bereich der Digitalisierung (21). Dem gegenüber wurden 25 kw-Vermerke realisiert und die (Plan-)Stellen abgesetzt.

Die Ausgaben für den Sachhaushalt sind gegenüber dem Vorjahr um etwa 16,7 Mio. Euro gestiegen. Im Wesentlichen handelt es sich dabei um folgende Veränderungen:

- Erstmalige Veranschlagung von „Ausgaben für das elektronische Gesundheitsberuferegister (eGBR)“ (+7,1 Mio. Euro)
- Ansätze für Sanierungsmaßnahmen (+2 Mio. Euro)
- Anhebung des Titels für die Anmietung und Einrichtung des Ausreisegewahrsams Düsseldorf (+ 2 Mio. Euro)
- Steigende Ausgaben für den Geschäftsbedarf und die Ausstattung aufgrund von Annexkosten für die neu eingerichteten Planstellen und Stellen (+3 Mio. Euro)
- Zunahme von Sicherungs- und Sanierungsmaßnahmen an problembehafteten Liegenschaften führt zu höheren Ausgaben im Bereich der Fiskalerbschaften (+0,5.Mio. Euro)
- Minderausgaben im Bereich des Vermessungs- und Katasterwesens, Grundstückswertermittlung für den Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen aufgrund der Absetzung von abgeschlossenen Investitionen bzw. Investitionsvorhaben in Höhe von 580.000 Euro.

4. Kapitel 03 350 Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen

An der HSPV NRW werden 37 neue Planstellen und Stellen für Lehre und Verwaltung bereitgestellt. Dies ist zum einen unmittelbare Folge aus der Entscheidung zu Mehreinstellungen von Anwärtnerinnen und Anwärtern bei den Ausbildungsbehörden, insbesondere aus der erneuten hohen Zahl an Kommissaranwärtnerinnen und -anwärter.



Die Sachausgaben werden insbesondere wegen der Ausstattung des Neubaus in Duisburg (+4,4 Mio. Euro) um ca. 5,4 Mio. Euro erhöht.

5. Kapitel 03 710 Feuerschutz und Hilfeleistung

Die Ausgaben im Kapitel Feuerschutz und Hilfeleistung sinken um insgesamt etwa 3,0 Mio. Euro.

Grund hierfür ist insbesondere, dass die Ansätze für die Landeszuschüsse an Gemeinden zur Förderung des Feuerschutzes und der Hilfeleistung sinken (-18 Mio. Euro). Die starke Absenkung ist auf den erhöhten Zuschussbedarf des Instituts der Feuerwehr sowie die Ansatzserhöhung für die Kosten der Ausstattung mit Landesfahrzeugen (+14 Mio. Euro) zurückzuführen. Da für den Haushaltsvollzug jedoch faktisch mit Zuschüssen i.H.v. rund 41 Mio. Euro geplant wird und der Differenzbetrag durch verfügbare Ausgabereste getragen wird, entsteht den Kommunen hierdurch kein Nachteil.

6. Kapitel 03 750 Institut der Feuerwehr Nordrhein-Westfalen

Für das IdF NRW werden zwölf neue Planstellen und Stellen eingerichtet. Sieben Planstellen sind für den Aufbau eines Standortes zur Kapazitätserweiterung vorgesehen. Die weiteren fünf Planstellen sind für die Forschungskoordination, für das Projekt Masterplan, sowie die Koordination VAP2.2-Feu und ANTRAGO vorgesehen.

Die Sachausgaben des IdF NRW erhöhen sich um 5,7 Mio. Euro. Hintergrund ist der Kapazitätsausbau des IdF NRW, um die steigende Lehrgangs- und Seminarnachfrage bedienen zu können. So ergibt sich ein Mehraufwand für die externen Fortbildungsveranstaltungen (+1,8 Mio. Euro) und den mit der Steigerung des Lehrangebots am IdF NRW verbundenen personellen und materiellen Ressourcen für die Kapazitätserweiterung (+0,5 Mio. Euro). Darüber hinaus sind umfangreiche Beschaffungen für den Erwerb von Lehr- und Lernfahrzeuge (+3,1 Mio. Euro) vorgesehen.

Dagegen sinkt der Ansatz wegen einmaliger Beschaffungen von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für die Bereiche Informatonstechnik, Lehre und Lernen sowie Digitalfunk und Leitstelle im vergangenen Haushaltsjahr (-0,6 Mio. Euro).



7. Kapitel 03 130 Deutsche Hochschule der Polizei

Im Tarifstellenplan der DHPol werden zehn neue Stellen aufgrund des Personalerweiterungskonzepts und der Einrichtung eines neuen Fachgebiets „Polizei und Politische Bildung“ eingerichtet.

Die Sachausgaben steigen leicht um 0,5 Mio. Euro. Hintergrund ist v.a. die Anpassung der Kosten an die erhöhten Studierendenzahlen (+0,4 Mio. Euro) sowie Annexkosten für neu eingerichtete Stellen (0,05 Mio. Euro)

Hinsichtlich der Kosten für die Sanierung eines Gebäudeteils sowie für einen Anbau an das Gebäude werden zukünftig voraussichtlich insgesamt 9,1 Mio. Euro benötigt. Aufgrund von Projektverzögerung werden diese Mittel jedoch nicht ansatzerhöhend, sondern durch die Veranschlagung einer Verpflichtungsermächtigung für das Jahr 2023 aufgenommen.

8. Kapitel 03 320 Aus- und Fortbildungseinrichtungen des Ministeriums des Innern Nordrhein-Westfalen

Zur Stärkung des Instituts für öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen werden zwei Planstellen innerhalb des Einzelplans verlagert. Eine Stelle wird hierzu aus dem Kapitel 03 010 (Ministerialkapitel) und eine aus dem Kapitel 03 110 (Polizeikapitel) zur Verfügung gestellt.

Bei der Fortbildungsakademie des Ministeriums des Innern Nordrhein-Westfalen wird im Haushaltsjahr 2022 eine neue Planstelle geschaffen. Die Sachausgaben steigen hier um 2,2 Mio. Euro. Dies ist vor allem auf den Ausbau der (digitalen) Seminarkapazitäten sowie des E-Learnings (+1,2 Mio. Euro) sowie gestiegene Kosten für Miet- und Nebenkosten sowie Sanierungsmaßnahmen (insgesamt +0,9 Mio. Euro) zurückzuführen.

9. Kapitel 03 020 Allgemeine Bewilligungen

Im Haushaltsvollzug wird 2022 wie bereits 2021 eine kapitelübergreifende Globale Minderausgabe in Höhe von 42,75 Mio. Euro zu erbringen sein.



III. Kapitelübersicht

In der folgenden tabellarischen Übersicht sind die veranschlagten Ausgaben der einzelnen Kapitel noch einmal zusammengefasst dargestellt:

Kapi- tel	Bezeichnung	Ansatz 2022 in Euro	Ansatz 2021 in Euro	Differenz 2022 zu 2021 in Euro
Gesamtausgaben EPL 03		6.720.017.200	6.416.845.800	+303.171.400
03 010	Ministerium	208.395.300	200.458.100	+7.937.200
03 020	Allgemeine Bewilligung	-33.316.800	-33.316.800	-
03 110	Polizei	3.888.001.300	3.687.906.900	+200.094.400
03 130	Deutsche Hochschule der Polizei	18.119.500	16.639.400	+1.480.100
03 310	Fünf Bezirksregierungen	732.552.400	702.838.300	+29.714.100
03 320	Aus- und Fortbildungsein- richtungen des IM NRW	20.152.500	17.599.500	+2.553.000
03 350	Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung	85.768.800	78.216.100	+7.552.700
03 710	Feuerschutz und Hilfelei- stung	64.903.900	67.893.600	-2.989.700
03 750	Institut der Feuerwehr NRW Münster	44.490.100	37.890.400	+6.599.700
03 810	Geldrenten nach dem Bun- desentschädigungsgesetz...	31.771.900	34.193.900	-2.422.000
03 900	Versorgung	225.693.300	239.863.800	-14.170.500
03 910	Versorgung Polizei	1.433.485.000	1.366.662.600	+66.822.400